



Primarschulpflege
Dürntnerstrasse 8
8340 Hinwil

Hinwil, 14. April 2008

Wachdienst mit durchgeladener Waffe

Sehr geehrte Primarschulpflege

Das ElternForum Meiliwiese hat an der Sitzung vom 10. März 2008 das Traktandum "Wachdienst mit durchgeladener Waffe" besprochen und war einstimmig dafür, dass der Vorstand im Namen des ElternForums beim Gemeinderat und der Primarschulpflege interveniert. Dank vernünftigen Kommandanten und dem Engagement der Schulleitung wurde bisher im und um das Schulhausareal keine Wache mit durchgeladener Waffe geschoben. Ob die nächsten Kommandanten auch alle vernünftig sind, wissen wir nicht.

Wir bitten Sie darum, sich dafür einzusetzen, dass durchgeladene Waffen aus den Hinwiler Militärunterkünften verbannt werden. Wir sind uns bewusst, dass die Primarschulpflege gegenüber der Armee keine Weisungsbefugnisse hat, dass soll Sie aber nicht daran hindern, dem Beispiel anderer Gemeinden zu folgen.

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung und erwarten gerne Ihren Bescheid.

Freundliche Grüsse
Vorstand ElternForum Meiliwiese


Daniela Zulliger


Jsabella Wälti


Markus Stocker


Fredy Martini


Urs Leuthold

Kopien: Schulleitung Meiliwiese

Beilage: Zeitungsausschnitt Turbenthal

Illnau-Effretikon Stadtrat beantwortet zwei Interpellationen an der Sitzung des GGR

Sorge um schussbereite Truppen

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates von gestern Abend kritisierte auch der Stadtrat den Wachdienst mit durchgeladener Waffe.

Felix Schindler

Die beiden SP-Gemeinderätinnen Barbara Scheidegger-Conrad und Salome Wyss äusserten sich in einer Interpellation besorgt über die Sicherheit der Bevölkerung Illnau-Effretikons. Eine neue VBS-Weisung verlange von Wachdienstmitarbeitern, militärische Einrichtungen mit durchgeladener, also schussbereiter Waffe zu bewachen. Ein sinnloses Sicherheitsrisiko, finden die Interpellanten. In vergangenen Jahren hätten sich bereits tragische Unfälle ereignet. Verschiedene Gemeinden, darunter auch Turbenthal, haben sich gemäss den Ausführungen von Scheidegger-Conrad erfolgreich gegen diese Weisung gewehrt. Sie wollten vom Stadtrat unter anderem wissen, ob auch er bereit wäre, die Weisung zu bekämpfen.

Angst vor Unfällen überwiegt

Stadtrat Karl Heuberg, CVP, nahm die Interpellation gestern Donnerstagabend entgegen und beantwortete sie sofort. Auch er äusserte sich gegenüber Truppen mit durchgeladener Waffe kritisch. «Der Stadtrat wird sich dafür einsetzen, dass der Wachdienst nicht generell mit durchgeladener Waffe ausgeführt wird», versprach Heuberg. Er habe sehr wohl Verständnis für die Schutzanliegen des Bundes. Falls Waffen und Munition in den Einrichtungen gelagert würden, so sei die Bewachung auch im Sinne der Bevölkerung. Doch es gelte auch, den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Die Militärunterkunft Alst in Effretikon liegt in der Nähe des Schulhauses

Eselriet und des Sportzentrums. Ziehe er dies in Betracht, überwiege die Angst, dass durch schussbereite Waffen Unfälle passieren könnten, sagte Karl Heuberg. Schliesslich erläuterte er den Belegungsplan des Alst. Dieses Jahr werden im Alst noch während insgesamt 60 Tagen Truppen untergebracht. Ansonsten gebe es in Illnau-Effretikon keine Einrichtungen, in denen militärischer Dienst absolviert werde.

Ursula Blätter, FDP, vertrat die Ansicht, die Interpellation habe einen medialen Wirbel ausgelöst, der die Bevölkerung verunsichert habe. Sie forderte das Parlament auf, eine «Stimmungsmache gegen die Armee» zu unterlassen. Die Weisung erlaube jedem Truppen-

kommandanten, von einer Bewachung mit durchgeladener Waffe abzusehen, wenn die Situation das sinnvoller erscheinen lasse. Er sei gar dazu verpflichtet, «auf lokale Befindlichkeiten Rücksicht zu nehmen», sagte Blätter.

Koordinationsbedarf vorhanden

In einer zweiten Interpellation vertrat Salome Wyss, SP, die Ansicht, die Integration von Migranten sei «auf allen politischen Ebenen straflich vernachlässigt worden». Sie wollte unter anderem wissen, welche Integrationsangebote Migranten in Illnau-Effretikon zur Verfügung stünden. Stadtrat Kurt Brüniger, SP, nahm die Interpellation entgegen und beantwortete sie sofort. Er sei dank-

bar dafür, durch die Interpellation aufzuzeigen zu können, wie viel die Stadt bereits gemacht habe. Einerseits sei Illnau-Effretikon der Integrationsstelle Antenne Zürcher Oberland angeschlossen, die sonstige Beratungsarbeit leiste. Ausserdem bestehe eine Integrationsvereinbarung mit dem Kanton. Brüniger zählte 17 Angebote auf, die sechs verschiedene Ämter anbieten würden. Allerdings räumte er ein, dass es eine Stelle brauche, die Koordinationsaufgaben übernehmen könne. Der Weg dahin sei lang, aber der Stadtrat sei gewillt, diesen Weg zu gehen. «Im nächsten Geschäftsbericht wird unter dem Punkt Integration bedeutend mehr stehen als im Jahr 2007», versprach Brüniger.



Gemäss VBS sollen Wachdienstmitarbeiter militärische Einrichtungen mit durchgeladener Waffe bewachen. Gestern Donnerstag überwies der Grosse Gemeinderat eine Interpellation, die diese Praxis hinterfragt, an den Stadtrat. (by)

Turbenthal Gemeinderat gegen neue Weisung in der Objektbewachung

Wachdienst ohne geladene Waffe

Die neuen Weisungen über den Wachdienst der Schweizer Armee sind in Kraft. Der Gemeinderat Turbenthal duldet jedoch auf Gemeindegebiet keinen Wachdienst mit geladener Waffe.

Seit dem 1. Januar sind die neuen Weisungen über den Wachdienst der Schweizer Armee in Kraft. Die neuen Weisungen beinhalten, dass die Objektbewachung nur noch mit geladener Schusswaffe durchgeführt werden soll, schreibt der Gemeinderat Turbenthal in einer Mitteilung. Gemäss den Artikeln 6 und 8 der Weisungen kann der Kommandant jedoch an Orten mit viel Publikumsverkehr oder auf Schulhausarealen Ausnahmeregelungen vorsehen.

Da die Militärunterkunft Mehrzweckanlage Breiti sich nicht nur im Zentrum von Turbenthal, sondern auch in unmittelbarer Nähe des Primar- und Oberstufenschulhauses befindet, hat der Gemeinderat beschlossen, auf dem Gemeindegebiet von Turbenthal keinen Wachdienst mit geladener Waffe zu dulden, so die Mitteilung weiter. Das Kommando wurde dementsprechend angewiesen.

Sanierung des Ausserdorfweges

Im Strassensanierungsprogramm sind Unterhaltsarbeiten beim Ausserdorfweg vorgesehen. Nicht nur der

Oberflächenbelag muss erneuert werden, sondern auch die Entwässerung ist defekt, und die meisten Stellplatten sind zerbrochen, schreibt der Gemeinderat. Dieser Bereich des Ausserdorfwegs wurde in den 70er Jahren erstellt und durch die Zufahrt zum Hotel Bären und zu den Gewerberäumen im Bären stark beansprucht. Der Gemeinderat hat für die Sanierungsarbeiten einen Kredit von 185 000 Franken genehmigt und die Arbeiten an die Firma TIUS, Winterthur, vergeben.

Stellungnahme erarbeitet

Das Amt für Raumplanung und Vermessung hat die Gemeinden um Stellungnahme zum Fragekatalog betreffend Streusiedlungsgebiet eingeladen. Die Vereinigung Pro Zürcher Berggebiet hat zusammen mit Vertretern der Gemeinden im Streusiedlungsgebiet eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet. Die Gemeinden wünschen vor allem unmissverständliche Richtlinien bezüglich Bauen im Streusiedlungsgebiet, heisst es in der Mitteilung des Gemeinderates.

Zustimmung zur Charta

Vertretungen zahlreicher Städte und Gemeinden aus dem Kanton Zürich haben an der zweiten Metropolitankonferenz Zürich teilgenommen. An der Veranstaltung wurde der Vorschlag einer

«Charta der Metropolitankonferenz Zürich» präsentiert. Diese Charta soll eine freiwillige Übereinkunft der beteiligten Kantone, Städte und Gemeinden sowie anderen Organisationen über die Ziele und die Zusammenarbeitsform sein. Dies beinhaltet zum Beispiel den Grundsatz, dass sich die Beteiligten für einen konkurrenzfähigen, starken, offenen und dynamischen Lebens- und Wirtschaftsraum einsetzen. Die Gemeinde Turbenthal hat beschlossen, der Charta zuzustimmen.

Sanierung Chalcheggstrasse

Im Strassensanierungsprogramm wird die Sanierung des Oberflächenbelags der Chalcheggstrasse im Bereich Chalchegg - Weid empfohlen. Untersuchungen haben ergeben, dass der Belag Netzrisse und örtliche Defekte aufweist, schreibt der Gemeinderat in einer Mitteilung. Die zwei Rinnen sind defekt und eine Gefahr für den Winterdienst.

Bei starken Regenfällen fliesst das Wasser durch die Scheune einer angrenzenden Liegenschaft ab. Ausserdem ist keine Leitplanke vorhanden. Der Tiefbauvorstand sieht vor, die örtlichen Defekte zu sanieren, den Deckbelag zu erneuern, die Entwässerung anzupassen und die Rinnen zu entfernen. Im Voranschlag 2008 sind 33 000 Franken dafür vorgesehen. (bpd/zo)

Ausnahmen sind bei viel Publikum oder vor Schulhäusern möglich.